



## Warum Russen und Deutsche wieder Grenzen überwinden müssen

VON JOHANN SAATHOFF

Innerhalb von zwei Wochen fanden die neunten gesamtdeutschen Bundestagswahlen und die Wahlen zur achten russischen Staatsduma statt. Der Blick auf die Wahlen und die Monate davor lässt jedoch leider hervortreten, was uns voneinander trennt: Das vergangene Jahr war gezeichnet von Spannungen auch im bilateralen Verhältnis, bis zum Verbot deutscher NGOs in Russland und dem Aussetzen des Gesprächsforums Petersburg Dialog.

Zum 3. Oktober sollten wir Deutsche aber nicht vergessen: Dass wir in Ost und West gemeinsam und frei wählen konnten, ist nur möglich, weil die sowjetische Führung sich 1989 und 1990 entschied, Deutschland und Europa nicht mehr als geopolitischen Schauplatz eines Interessensgegensatzes zu betrachten. Vielmehr sahen Politiker auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Menschen, die Verantwortung für ihr eigenes Land und Frieden in Europa übernehmen können. Deutschland wurde nach zwei Weltkriegen, die es begonnen hatte, großes Vertrauen entgegengebracht. Dies gründete auf die Erwartung, dass Zusammenarbeit in Europa künftig den Frieden sichert – untermauert durch die Gründung der OSZE.

Heute scheint es, als verlöre diese Hoffnung an Kraft. Immer häufiger werden wieder gegensätzliche Interessen herangezogen, um eine Politik auf der Abgrenzung zu begründen.

Wer die deutsch-russischen Beziehungen so gestalten will, dass sie zu einem friedlichen Europa beitragen, muss weiterdenken. Auch die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr ging von einer Verfahren annahmenden geopolitischen Situation aus. Brandt und Bahr wollten diese allerdings überwinden und die Verbindung zwischen den Menschen in Ost und West erhalten. Dasselbe gilt heute in Europa.

Europa steht für Demokratie und damit für das Vertrauen in mündige Bürgerinnen und Bürger. Es steht auch dafür, dass sich Menschen über Grenzen hinweg als Partner sehen. Wir brauchen kein neues Jalta, das die Europäer aufteilt und Interessen abgrenzt. Wir müssen vielmehr die Ideen von Helsinki erneuern: Zusammenarbeit muss trotz aller Interessensgegensätze selbstverständlich sein. Das gilt umso mehr, wenn es darum geht, Lösungen für die großen Fragen zu finden: zur Zukunft der Energieversorgung und zum Klimaschutz oder zu Demokratie und Menschenrechten in Zeiten von Pandemie und Digitalisierung.

Nach den Wahlen in Russland und Deutschland sollte die politische Agenda weniger davon bestimmt werden, wie wir uns voneinander abgrenzen. Ob Einreisebeschränkungen oder Gesetze oder Behinderung des Dialogs aus Furcht vor „Einschmelzung“: Jetzt muss es für Politik und Zivilgesellschaft darum gehen, zu überwinden, was uns trennt.

*Johann Saathoff ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD und Koordinator für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.*

□D

### IMPRESSUM

**Verleger**  
Detlef W. Prinz

**Herausgeber**  
Johann Michael Möller  
Witali Nikititsch Ignatenko

**Chefredaktion**  
Lutz Lichtenberger  
Viktor Loschak

**Gestaltung**  
Paul Maria Kern (Art Director)  
Gordon Martin (Layout)

**Druck**  
Axel Springer SE  
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG  
Brunsbütteler Damm 156 – 172  
13581 Berlin

**Redaktionsschluss**  
28. September 2021

**Verlag**  
Times Media GmbH  
Tempelhofer Ufer 25-24  
10963 Berlin

*Petersburger Dialog* ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

[www.times-media.de](http://www.times-media.de)  
[www.petersburgerdialog.de](http://www.petersburgerdialog.de)

Fragen, Anregungen, Kritik?  
redaktion@times-media.de

## VIelfalt vereint

Noch bis zum 10. Oktober läuft die Ausstellung „Diversity United. Das Künstlerische Gesicht Europas“ in Berlin im Flughafen Tempelhof. 90 Künstlerinnen und Künstler aus 34 Ländern, von Portugal bis Russland, von Norwegen bis in die Türkei sind dort zu sehen.

Unser Bild zeigt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, seine Frau Elke Būdenbender, Ausstellungsmacher Walter Smerling (Mitte) und Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (rechts) bei der Eröffnung im Juni.



# Werte und Interessen

*Außenminister Sergej Lawrow wechselt nicht in die Staatsduma. Die dort vertretenen Parteien suchen nach außenpolitischen Leitlinien*

VON GALINA DUDINA

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sein angestammtes Ministerium noch nicht verlassen, um in die Duma einzuziehen, obwohl er zuvor auf der Hauptliste von „Einiges Russland“ auf einen der ersten fünf Plätze gesetzt worden war. Aber auch ohne Lawrow, so die *Petersburger-Dialog*-Korrespondentin Galina Dudina, hätten die dort verbleibenden Duma-Abgeordneten alle Chancen, sich außenpolitisch zu beweisen.

Bereits Anfang September räumte Präsident Wladimir Putin ein, dass er es „bedauern“ würde, wenn er die Minister Sergej Lawrow und Sergej Schoigu an die Duma abgeben müsste. Beide standen auf der gesamtstaatlichen Liste von „Einiges Russland“, und auf dem Programm des Außenministers häuften sich Reisen innerhalb Russlands – nach Rostow am Don, Kaliningrad und Wolgograd. Bereits wenige Tage nach den Wahlen zur Staatsduma im September wurde jedoch deutlich, dass der Außenminister (ebenso wie sein Kollege) sein Tätigkeitsfeld vorläufig nicht wechseln würde.

Doch auch ohne die Mitwirkung von Sergej Lawrow bleibt die internationale Tätigkeit – neben der legislativen und repräsentativen Tätigkeit – formal einer der Hauptbereiche in der Arbeit der Duma, wenn auch die politische Krise in den Beziehungen zu den westlichen Ländern in den vergangenen Jahren die Arbeit in einer ganzen Reihe von bilateralen Bereichen behindert hat. „Das umfangreiche Programm der Staatsduma auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ist nunmehr fest in den Gesamtrahmen des außenpolitischen Kurses Russlands eingebettet und ermöglicht es, die Interessen der Russischen Föderation im Ausland sowohl durch bilaterale Kontakte als auch im Rahmen der Aktivitäten der internationalen parlamentarischen Strukturen angemessen zu vertreten“, heißt es auf der offiziellen Website der zweiten Kammer. Im Prinzip sollten die Abgeordneten dadurch in die Lage versetzt werden, entsprechende Gesetze zur internationalen Zusammenarbeit zu verabschieden. Andrej Kortunow, Generaldirektor des russischen Rates für internationale Angelegenheiten, erklärte gegenüber RIA Novosti, dass viel davon abhängen werde, wer die

internationalen Fachausschüsse in der Duma und im Föderationsrat leiten werde und „ob es weitere personelle Veränderungen geben wird“.

Die außenpolitischen Ambitionen der Parteien können natürlich auch anhand ihrer Wahlprogramme einer Einschätzung unterzogen werden.

„Die NATO-Stützpunkte rund um Russland werden immer zahlreicher. Die Sanktionen werden verschärft. Es gibt politischen Druck“, schlägt die Kommunistische Partei Alarm. Um das Land zu retten, schlägt die Partei grob zusammengefasst vor, „die nationale Sicherheit und die Position Russlands in der Welt zu stärken, die Kampfbereitschaft der Streitkräfte zu erhöhen und die Informations- und Technologiesicherheit zu verbessern“. Wie auch die anderen Parteien treten die Kommunisten für eine aktive Zusammenarbeit mit den Landsleuten und dem nahen Ausland („den Brudervölkern der UdSSR“) ein und unterstützen die Idee der Bildung eines Unionsstaates aus Russland und Weißrussland. Zu den konkreten Vorschlägen gehört die Idee, „die Volksrepubliken Donezk und Luhansk unverzüglich anzuerkennen“.

Die Liberal-Demokratische Partei formuliert ihre außenpolitischen Pläne noch konkreter. Allerdings erscheint ihre Umsetzung noch unwahrscheinlicher. Von den „100 Schritten“ des Wahlprogramms sind fünf der Außenpolitik gewidmet. Die Partei schlägt die Abhaltung von Referenden über die Rückführung aller ehemaligen Gebiete der UdSSR, die Begrenzung der US-Aggression und die Auflösung der Nato vor. Zudem soll mit den europäischen Ländern eine mit Moskau übereinstimmende Bewertung des Zweiten Weltkriegs und der Abschluss Litauens, Lettlands und Estlands aus der EU „aufgrund Diskriminierung der Russen“ durchgesetzt werden. Letzteres ist quasi eine Wiederholung des ersten Punktes über die Gebiete der UdSSR. Der einzige gemäßigte Punkt scheint der Vorschlag zu sein, einen visafreien Reiseverkehr für Geschäftsleute aus den SOZ-, APEC- und BRICS-Ländern zu ermöglichen.

„Ein wahrer Patriot ist jemand, der sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten die Interessen seines Heimatlandes gegen den äußeren Feind

verteidigt“, heißt es bei der Partei „Gerechtes Russland“. Das Parteiprogramm betont ebenfalls die Arbeit mit den Landsleuten und etwas genauer die Notwendigkeit der Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Mehr ist bei den Sozialdemokraten zur Außenpolitik nicht zu finden – mit Ausnahme der Aufforderung zur Ratifizierung von Artikel 20 des UN-Übereinkommens gegen Korruption, wonach die Staaten strafrechtliche Sanktionen für Beamte wegen unrechtmäßiger Bereicherung einführen sollten. Der Status dieses Artikels wird in der Russischen Föderation mitunter nicht eindeutig interpretiert. Einerseits wurde dieser Artikel bei der Ratifizierung des Übereinkommens im Jahr 2006 im einschlägigen Föderationsgesetz nicht in einem eigenen Absatz festgeschrieben. Andererseits stellt das Justizministerium fest, dass das Übereinkommen insgesamt ratifiziert wurde und dass zusätzliche Strafen für unrechtmäßige Bereicherung bereits in der russischen Antikorruptionsgesetzgebung verankert sind.

Die außenpolitischen Initiativen von „Einiges Russland“ und der „Neuen Leute“ stellen sich etwas detaillierter und ausführlicher dar. In trockener bürokratischer Sprache verspricht „Einiges Russland“, „die nationalen Interessen Russlands in der Außenpolitik entschlossen zu verteidigen“, Landsleute im Ausland zu unterstützen, Integrationsstrukturen (Eurasische Wirtschaftsunion, GUS, SOZ, BRICS, OVKS) und den internationalen Handel auszubauen, gegen übermäßige Bürokratisierung und Handelshemmnisse zu kämpfen und ein Wettbewerbsvorteil wahrzunehmen.

„Wenn alles, was ein Land in der Außenwelt tut, rein vom Egoismus ‚nationaler Interessen‘ diktiert wird“, heißt es bei den „Neuen Leuten“, „dann werden Atomwaffen, die Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat und andere Attribute der ‚absoluten Souveränität‘ von anderen unweigerlich als unfairer Wettbewerbsvorteil wahrgenommen. Und das liefert denjenigen, die eine ‚Politik der Eindämmung‘ gegenüber Russland betreiben, immer mehr Argumente.“ Die Partei schlägt vor: „Es gibt nur einen Ausweg aus der Sackgasse der ‚Eindämmung‘. Absage an die Methoden und Stereotypen

des geopolitischen Zynismus der Vergangenheit – der Welt endlich zu erklären, für welche Werte Russland steht, mit wem und was wir nicht einverstanden sind, wen wir als unsere Verbündeten und wen als Widersacher sehen und warum.“ Um dies zu erreichen, sei es nach Ansicht der „Neuen Leute“ notwendig, die öffentliche und humanitäre Diplomatie sowie die Kontakte zu ausländischen Medien auszubauen.

Ob es den Abgeordneten gelingen wird, diese meist eher vagen Punkte umzusetzen, bleibt offen. „Die Wähler sind an diesem Teil des Programms nicht interessiert: In Fokusgruppen sagen die meisten, dass sie im Allgemeinen mit der aktuellen Außenpolitik zufrieden sind, im Gegensatz zum Zustand der Wirtschaft und des sozialen Bereichs“, erklärte Jewgenij Mintschenko, Präsident der Kommunikationsholding Minchenko Consulting, gegenüber dem \*PD\*. Sergej Lawrow sagte das Gleiche – noch bevor er es offiziell ablehnte, in die Staatsduma zu wechseln: „Wir haben einen nationalen Konsens in den allermeisten außenpolitischen Fragen, und das gibt uns Stärke, weil unsere Bürger immer verstehen, was wir tun, und unterstützen, was wir tun“, erklärte er und ergänzte: „Ich sehe weder rechtlich noch politisch einen Grund, diesen außenpolitischen Kurs zu ändern.“

Gleichzeitig hält Jewgenij Mintschenko die Idee der „Neuen Leute“, auf eine aggressive außenpolitische Rhetorik zu verzichten, für realisierbar: „Es gibt einen Teil der Elite, der damit nicht zufrieden ist. Wir haben auch in Fokusgruppen die Idee getestet, stattdessen in der Sprache der Interessen zu sprechen, und ein Teil der Befragten stimmte bereitwillig zu, dass es notwendig ist, sich mit anderen Ländern zu einigen.“ Nach Ansicht des Experten könnten Politiker, die gerade erst in die Duma eingezogen sind, nun versuchen, technische Vorschläge in Richtung Entspannung zu machen und „bei null“ zu beginnen.

*Galina Dudina ist Korrespondentin der Zeitung Kommersant.*

□D

FORTSETZUNG VON SEITE 1  
MINSK IM MINUS

Ein Insider auf russischer Seite sagte, dass die Vertreter der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs zunächst nicht dagegen gewesen seien, die Minsker Vereinbarungen als einzige Grundlage für die Lösung des Konflikts zu sehen. Doch dann weigerten sie sich nach seinen Worten, im Entwurf des Abschlussdokuments „die geografische Lage des Konflikts, seine Natur und die Konfliktparteien, denen die Minsker Vereinbarungen Verpflichtungen zur Lösung des Konflikts auferlegt haben, festzuschreiben“.

Beide Versionen der Verhandlungen spiegeln keinen neuen Gegensatz wider. Kiev betrachtet den Krieg im Donbass als einen Konflikt mit Russland, während Moskau ihn als eine innerukrainische Angelegenheit sieht. Nachdem es Russland einmal gelungen ist, die Ukraine und die nicht anerkannten Donbass-Republiken zu Vertragspartnern der Minsker Vereinbarungen zu deklarieren, hat man nicht die Absicht, diesen diplomatischen Sieg aufzugeben, der zudem durch die UN-Resolution 2202 vom 17. Februar 2015 bekräftigt wurde.

Alle Positionen scheinen selbsterklärend zu sein. Aber genau das ist der Punkt, der Verwir-

rung hervorruft. Derselbe russische Insider berichtet, Kozak habe vorgeschlagen, Frankreich, Deutschland und die Ukraine sollten ihre Position zu den Konfliktparteien klar darlegen und zu Papier bringen. Ihre Vertreter und der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrij Jermak, hätten jedoch mündlich zum Ausdruck gebracht, dass es sich um einen internationalen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine handele und dass diese Information den „engen Kreis“ der Verhandlungsführer nicht verlassen und nicht in Dokumententwürfen festgehalten werden solle.

Wenn die anonyme Quelle die Wahrheit berichtet, stellt sich die Frage: Warum hat Kiev dem Vorschlag Kozaks nicht zugestimmt, wenn es doch erstens die Minsker Vereinbarungen in ihrer jetzigen Form für sich selbst als nicht vorteilhaft und daher nicht umsetzbar ansieht und zweitens möchte, dass die Rolle Russlands als Kriegspartei gegenüber der Ukraine eingeordnet wird?

Von Kiev gibt es keine Klarstellung zu diesem Punkt. Genauso schwierig ist es zu verstehen, wie die Ukraine tatsächlich zu den Minsker Vereinbarungen steht. Einerseits sagt Kiev, dass es sich für eine Lösung des Konflikts im Einklang mit den

Minsker Vereinbarungen einsetze. Andererseits erklärte Oleksij Arestowjtsch, Berater der Kiewer Delegation in der Kontaktgruppe und Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, am 3. September, die Ukraine sei endlich „vom Haken“, was die Minsker Vereinbarungen betrifft. So antwortete er indirekt dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. Lawrow hatte zu den Verhandlungen über den Donbass gesagt, dass Präsident Selenskyj und sein gesamtes Team „sich in dem Versuch winden“, vom Haken der 2015 unterzeichneten Vereinbarungen loszukommen und neu zu verhandeln.

Am 17. September kommentierte Arestowjtsch die Teilnahme von Einwohnern des Donbass an den Dumawahlen in noch schärferen Worten: „Dies ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, das nationale Recht der Ukraine und praktisch eine Aufkündigung der Minsker Vereinbarungen durch die russische Seite. Denn einen zerstörerischeren Prozess, der die Minsker Vereinbarungen zunichtemacht, kann man sich kaum vorstellen.“

Es gibt jedoch genügend klare Signale, dass Moskau sich darauf vorbereitet, das Spiel um den

Donbass langfristig zu betreiben. Am schwerwiegendsten sind die jüngsten Vereinbarungen zwischen den nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, über die Abschaffung der Zölle im gemeinsamen Grenzabschnitt, die Schaffung eines Binnenmarktes und die allgemeine Angleichung des Zivil-, Zoll- und Steuerrechts der beiden Republiken.

Das Ergebnis wäre, dass die beiden Republiken im Wesentlichen zu einer einzigen werden würden, was die Verwaltung dieser Gebiete vereinfachen würde. Ziel könnte sein, im Donbass ein Analogon zu Transnistrien zu schaffen, wo sich ein Alltagsleben längst etabliert hat, Sicherheitsfragen gelöst sind und eine eigene Wirtschaft aufgebaut wurde, die es mit russischer Unterstützung in Form von kostenlosem Gas und Finanzhilfe ermöglicht, einen niedrigen, aber stabilen Lebensstandard für die lokale Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

*Vladimir Soloviev ist Sonderkorrespondent der Zeitung Kommersant.*

□D